

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Klimaschutz in der Energiepolitik verankern**

Mit der Fortschreibung des Landesenergieprogramms dokumentiert der Senat zahlreiche Aktivitäten, die seit 2001 für die Erreichung des zu diesem Zeitpunkt von ihm formulierten CO₂-Minderungsziels realisiert wurden. Die Zielzahlen, wie viel an Treibhausgasen eingespart werden soll, hat der Senat allerdings seit 1994 reduziert. Der alte Zielwert einer CO₂-Minderung von 30 Prozent betrug im Jahr 2001 nur noch 11 Prozent. Auf dieser Grundlage bewertet der Senat seine Klimaschutzpolitik fälschlicherweise als erfolgreich, obwohl der Energieverbrauch von Haushalten und in der Industrie angestiegen ist. Auch der Beschluss des Landtags vom 21. Juni 2001 (Drs. 15/761), dass der Senat in öffentlichen Gebäuden alle Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zügig umsetzen soll, wurde bisher unzureichend erfüllt.

In der Industrie und im privaten Bereich gibt es erhebliche Effizienzpotentiale, die durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung realisiert werden können. Handlungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung wie z. B. das Festschreiben bestimmter Energieversorgungsanlagen und energieoptimierender Maßnahmen in der Bauleitplanung und in Verträgen wurden bisher ebenfalls nicht ausreichend genutzt.

In der Gesamtbewertung hat der Senat nicht nur sein Klimaschutzziel verfehlt, sondern seine eigenen Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis Ende 2006 der Bürgerschaft (Landtag) einen verbindlichen Fahrplan vorzulegen, wie die bekannten großen Einspar- und Effizienzpotentiale bei öffentlichen Liegenschaften erschlossen und finanziert werden sollen,
2. bei neuen Wohn- und Gewerbegebieten im Rahmen der Bauleitplanung und mittels privatrechtlicher Verträge Vorgaben für eine effiziente und klimaschonende Energieversorgung verbindlich festzuschreiben,
3. bis Juni 2006 der Bürgerschaft (Landtag) ein Konzept vorzulegen, wie der Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Koppelung befördert werden soll,
4. neben dem erfolgreichen Ausbau der Windenergienutzung auch weiterhin alle Initiativen zu unterstützen, die auf erneuerbare Energien aus Sonne, Wasser und Biomasse sowie Geothermie setzen.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen